Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 33 (1977)
Heft: 9-10

Artikel: Komitee "Pro Regula" gegründet
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-844902

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Frau in der Politik — mehr als ein Alibi

Von Kantonsrätin
Dr. Margrit Bohren-Hoerni, Zürich

Die Frage nach dem Verhältnis der Frau zur Politik beantworten heute noch nicht alle Schweizerinnen und Schweizer gleich. Manche halten es für zwingend, dass sich die Frau mit Politik befasse, weil diese im freiheitlichen Staatswesen ein unentbehrliches Gestaltungselement ist. Wer sich erst nach 1971 darauf einstellte, dass künftig auch die Frauen durch Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen sollen, wird unter Umständen noch heute von Zweifeln geplagt. Hinderlich für eine positive Einstellung ist, dass Politik zumeist als rauhes und hartes Geschäft dargestellt wird, vor dem Gutmeinende die Frau bewahren wollen.

Nach unseren Erfahrungen begegnet man in der Politik wie bei jedem anderen Lebensbereich menschlichen Stärken und Schwächen. Nicht anders als in Familie, Schule, Kirche, in Gemeinde, Kanton und Bund sind es Menschen, die durch ihre Handlungen, ihr Tun und Lassen in der Gegenwart die Zukunft formen. Die Verantwortung der Frau auf Teilbereiche zu begrenzen, könnte heissen, sie durch Unterlassung allenfalls an einer fatalen Wendung mitschuldig werden zu lassen. Es trifft zu, dass die Schweizerinnen im Moment der Gefahr auf Posten waren. Es wäre aber kurzsichtig, auf äussere Gefahren zu warten, statt alles zu tun, um innere und äussere Bedrohungen zu vermeiden.

Ein Ja der Frauen zur Politik ist nichts anderes als ein bewusstes Ja zum freiheitlichen Rechtsstaat. Es bedeutet, sich für die Vorgänge in Staat und Gesellschaft zu interessieren, sich eine Meinung zu bilden und Stellung zu beziehen. Dabei kann jede Frau dort beginnen, wo die eigene Erfahrung Ansatzpunkte bietet. Jedes positive Erlebnis kann den Kreis erweitern. Es geht aber nicht nur um das Ja der Frauen zur Politik, sondern ebenso um die gleiche Grundhaltung der Männer. Das Ja der Männer zur Mitarbeit der Frau entspringt dem Willen zur partnerschaftlichen Gestaltung der Welt von morgen.

Komitee «Pro Regula» gegründet

In der letzten Ausgabe der «Staatsbürgerin» orientierten wir über die Absichten einer «Arbeitsgruppe Stadtratswahlen», die sich zum Ziel gesetzt hat, die Zürcher Stimmbürger über die Amtsführung von Regula Pestalozzi zu informieren. Aus dieser Gruppe hat sich nun ein überparteiliches Komitee «Pro Regula» konstituiert, das von Prof. Dr. Dietrich Schwarz, Kantonsrat, präsidiert wird. Dem Vorstand gehören ferner an: Franziska Frey-Wettstein, Rolf Siegenthaler, die Gemeinderäte Karl Federer und Karl Graf, Hans Glarner, Anne-Marie Korn-Rytz, Alice Moneda, Dr. Claus Schellenberg und Margrit Schmid-Kunz. Bis zur Gründungsversammlung hatten bereits 135 Frauen und Männer, darunter prominente Politiker aus Bund, Kanton und Stadt Zürich, ihren Beitritt zum Komitee angemeldet.

An der Gründungsversammlung wurde nicht nur auf die hervorragenden Qualitäten von Regula Pestalozzi hingewiesen und dargelegt, wie wichtig es ist, dass diese tüchtige Magistratin der Stadt erhalten bleibt, Regula Pestalozzi erläuterte auch die Gründe, die sie zur erneuten Kandida-

tur bewogen haben. Im Gesundheits- und Wirtschaftsamt sind zahlreiche wichtige Probleme zu bewältigen. Zum Teil konnten sie in der laufenden Amtsperiode in Angriff genommen oder sogar gemeistert werden, zum Teil steht man erst am Anfang einer Entwicklung. Zusammen mit den nahezu 4000 Mitarbeitern ihres Amtes möchte sie die angefangene Arbeit weiterführen und der Lösung dringender Probleme näher kommen.

Erreicht wurde einmal, dass trotz guter Führung der Spitäler und Krankenheime, die Kosten unter Kontrolle gebracht werden konnten. (Anmerkung der Redaktion: Die Rechnung der Stadt Zürich für das Jahr 1976 hat gezeigt, dass im Gegensatz zu allen anderen Mitgliedern des Stadtrates, nur die Vorsteherin des Gesundheits- und Wirtschaftsamtes weniger ausgegeben hat als im Vorjahr. Stadträtin Pestalozzi hat auch die grössten Einsparungen gegenüber dem Voranschlag für das Jahr 1976 erzielt, nämlich 7,1 Mio Franken.)

Sorgen bereiten noch die rund 2200 Chronischkranken, die auf einen Platz in einem Heim warten. Um ihnen zu helfen wird gegenwärtig die Pflege zu Hause stark gefördert, die Planung für zwei neue Chronischkrankenheime ist weit fortgeschritten.

Durch Zusammenlegung der beiden Krankenpflegeschulen der Schweizerischen Pflegerinnenschule und des Triemlispitals wurde ein besserer Einsatz der vorhandenen Lehrerinnen erreicht. Dringend bleibt die Errichtung eines neuen Schulhauses bzw. die Erweiterung eines vorhandenen Gebäudes.

Beim Amt für Sozialversicherung konnte die obligatorische Krankenversicherung für Minderbemittelte rationalisiert und für die Versicherten und die Stadt verbilligt werden.

Auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes wurden verschiedene Verbesserungen erzielt: Umstellung von Heizungen der Stadtspitäler auf umweltfreundlicheren Brennstoff, Verhandlungen mit Firmen über den Anschluss an die Fernheizung der Kehrichtverbrennung, grünes Licht für die Glassammlung u. a. m.

Aus hygienischen Gründen ist der Neubau des städtischen Schlachthofes, über den seit Jahrzehnten diskutiert und projektiert wird, dringlich geworden. Gegenwärtig ist eine Expertise über die optimale Zusammenarbeit zwischen Schlachthofleitung und Metzgerschaft in Bearbeitung. Die Expertise soll auch Auskunft über die mög-

Ob kurz oder lang
auf den Haarschnitt
kommt es an.

Spezial-Damensalon
Coiffure-Studio Zubi
Nelly Zuberbühler
Eidg. dipl. Coiffeuse, Fachlehrerin
8003 Zürich, Zentralstrasse 16
Telefon 33 76 23, 33 84 14

lichst günstige Finanzierung des Neubaues erteilen.

Das Arbeitsamt schliesslich hat in der laufenden Amtsperiode die Sorgen der plötzlich aufgetretenen Arbeitslosigkeit vorbildlich bewältigt. Seit kurzem führt es auch Arbeitseinsätze für ältere Arbeitslose durch.

Zum Tod von «Bethli»

Im 80. Lebensjahr und nach längerem Leiden starb Elisabeth Dunant, besser bekannt als «Bethli». Unter diesem Namen hat die zum Journalismus übergegangene Juristin während vielen Jahren die Frauenseite des Nebelspalters betreut. Und dieser Name wurde ebenso zu einem Begriff wie derjenige des «Bö». Während der Chefredaktor mit Geist, Witz und höchster Treffsicherheit jegliche Borniertheit in der Politik aufs Korn nahm, visierte die Redaktorin der Frauenseite mit Geist, Witz und höchster Treffsicherheit die Borniertheit so vieler Männer gegenüber der Frau an. Ihr Stil war unverkennbar: gescheit, lebensnah und anschaulich. Gehässig wurde Bethli nie, es regte vielmehr zum Nachdenken und zum Schmunzeln an.

Der mutige Einsatz für das Frauenstimmrecht trug Bethli, wie es in einem Beitrag in der Jubiläumsnummer «99 Jahre Nebelspalter» bekannte, «die wüstesten Briefe ein». In diesem Beitrag beschreibt es auch seine Reaktion auf die Verwirklichung des Frauenstimmrechts: «Als ich an jenem Sonntag das Telephon zur geeigneten Stunde abnahm und das Resultat hörte, sagte ich schlicht ‚Schnidwahr' und sank auf den nächsten Stuhl.» Zum Ausgang jener Volksabstimmung hat Bethli auf seine Art — mit Unerschrockenheit und träfer Feder — nicht wenig beigetragen. M. B.

Vermischte Nachrichten

Ein Kugelschreiber wirbt für Frauenrechte

Der Schweizerische Verband für Frauenrechte hat einen goldfarbenen Kugelschreiber mit seinem Namen versehen lassen und bietet ihn zum Kauf an. Das gediegene Schreibgerät kostet Fr. 3.50 und eignet sich ebenso für die eigene Handtasche wie als kleines Präsent oder Mitbringsel. Es soll nicht nur Geld in die Kasse unseres Dachverbandes bringen, sondern gleichzeitig auch für den Gedanken der Gleichberechtigung werben. Wir werden den Kugelschreiber an unseren nächsten Veranstaltungen verkaufen. Wer diesen Direktverkauf nicht benützen kann, gibt die Bestellung am einfachsten durch Einzahlung des entsprechenden Betrages (Fr. 3.50 pro Kugelschreiber und Fr. —.40 Porto) auf unser Postcheckkonto 80-14151 auf. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite die Zahl der gewünschten Kugelschreiber und — gut lesbar — die Adresse, an die sie zu schicken sind.

Initiative für einen wirksamen Mutterschutz

An einer Pressekonferenz in Zürich gab die OFRA (Organisation für die Sache der Frau) ihre Absicht zur Lancierung einer Mutterschutz-Initiative bekannt. Im vorliegenden Entwurf, der noch zusammen mit anderen Frauenorganisationen bereinigt werden soll, wird die vollständige Deckung der Arzt-, Pflege- und Spitalkosten für Mutter und Kind gefordert. Während der ganzen Dauer eines Mutterschaftsurlaubes von 16 Wochen sollen erwerbstätige Mütter Anspruch auf die Bezahlung des vollen Lohnes haben. Jedem Elternteil, der sich der Pflege des Kindes annimmt — Vater oder Mutter — soll das Recht auf einen Elternurlaub von höchstens einem